

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Innen- und Rechtsausschuß

78. Sitzung

am Mittwoch, dem 27. Januar 1999, 14:00 Uhr
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Heinz Maurus (CDU)

Vorsitzender

Dr. Gabriele Kötschau (SPD)

Helmut Plüschau (SPD)

Klaus-Peter Puls (SPD)

Bernd Saxe (SPD)

Peter Zahn (SPD)

Thorsten Geißler (CDU)

Klaus Schlie (CDU)

Monika Schwalm (CDU)

Matthias Böttcher (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

Weitere Abgeordnete

Gero Storjohann (CDU)

Weitere Anwesende

siehe Anlage

Tagesordnung:	Seite
1. a) Vereinfachung des Mietrechts	5
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/398	
hierzu: Umdruck 14/398	
b) Wohnungsmarktbeobachtungen für Schleswig-Holstein	
Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/783	
2. Verringerung der Planungsdichte, Planungskosten und Verfahrenszeiten	9
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/564	
hierzu: Umdruck 14/1789, 14/2597	
3. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Verfassungsschutz im Lande Schleswig-Holstein (Landesverfassungsschutzgesetz - LVerfSchG -)	10
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU Drucksache 14/905	
hierzu: Umdruck 14/1159, 14/1198, 14/1231, 14/1258, 14/1261, 14/1277, 14/1278, 14/1281, 14/1287, 14/1288, 14/1292 bis 14/1294, 14/1315, 14/1330, 14/1335, 14/1345, 14/1361, 14/2181	
4. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesmeldegesetzes	11
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/1216	
hierzu: Umdrucke 14/1623, 14/1648, 14/1711 bis 14/1713, 14/1790, 14/1791, 14/1841, 14/1862, 14/1878 bis 14/1880, 14/1885, 14/1918, 14/1938, 14/1947, 14/2007, 14/2553, 14/2728	

-
5. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein** 12
- Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1269
- Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/1288
- hierzu: Umdrucke 14/1689, 14/1811, 14/1871, 14/1872, 14/1884,
14/1897, 14/1910, 14/1911, 14/1959, 14/2047
6. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesbeamtengesetzes** 13
- Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1475
- hierzu: Umdrucke 14/2131, 14/2159 bis 14/2161, 14/2195, 14/2196,
14/2200, 14/2201, 14/2205 bis 14/2208, 14/2238 bis
14/2240, 14/2246 bis 14/2248, 14/2270, 14/2284,
14/2291, 14/2292, 14/2353, 14/2365, 14/2439,
14/2554
7. **Liste der Berichte an den Landtag** 14
- Schreiben des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages vom
13. Oktober 1998
Umdruck 14/2527
8. **Immunitätsangelegenheiten** 15
9. **Verschiedenes** 15

Der Vorsitzende, Abg. Maurus, eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

a) Vereinfachung des Mietrechts

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 14/398

hierzu: Umdruck 14/398

(überwiesen am 11. Dezember 1996)

Abg. Puls beantragt, dem Landtag zu empfehlen, den Antrag für erledigt zu erklären. - Der Ausschuß faßt einstimmig einen entsprechenden Beschluß.

b) Wohnungsmarktbeobachtungen für Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/783

(überwiesen am 11. Juni 1997)

M Birk gibt einen Überblick über die Wohnungsbauförderung im Jahr 1998. Sie legt dar, insgesamt hätten Förderzusagen für 3.691 Wohnungen gemacht werden können. Das entspreche einem Gesamtbewilligungsvolumen von 234 Millionen DM. Es handele sich um 2.200 Mietwohnungen und 1.500 Eigentumsmaßnahmen. Miete und Eigentum stünden also in einem vernünftigen Verhältnis zueinander.

Im folgenden gibt sie einen Überblick über die in Zusammenarbeit mit der Investitionsbank erstellte Broschüre „Wohnungsmarktbeobachtungen“.

Sie betont, die Landesregierung sei daran interessiert, den Abschmelzprozeß aufgrund der Tatsache, daß früher sozialgebundene Wohnungen mit Abbezahlung der Kredite aus der Bindung herausfielen, kein großes sozialpolitisch problematisches Loch reiße, sondern die Lücke zum Teil gefüllt werde. So sei Ziel gewesen, von den etwa 90.000 sozialgebundenen Wohnungen wenigstens mittelfristig 80.000 zu halten, und zwar durch Neubau oder Sanierung des Bestandes mit Eingehen neuer Bindungen.

Darüber hinaus gebe es den Trend, daß Menschen mehr Wohnraum verbrauchten. Pro Mensch pro Wohnung werde fast 39 m² Wohnfläche in Anspruch genommen.

Als Fazit sei zu ziehen, daß weiterhin mehr Neubauten nötig seien, mehr als bisher Sanierung im Bestand sowie weiterhin die Förderung der Bildung von Eigentum.

Sie gibt ihrem Bedauern darüber Ausdruck, daß das sehr gute Wettbewerbsergebnis, neue Haustypen für Siedlungsbund und andere Bauträgermaßnahmen zu finden, ein so geringes presseöffentliches Echo gefunden habe; hier sei Schleswig-Holstein bundesweit federführend im Herausarbeiten von ökologischen und mit modernen Grundrissen ausgestatteten Siedlungshäusern, die auch noch einfach zu bauen seien.

Auf Frage des Abg. Storjohann sagt M Birk zu, den Mitgliedern des Innen- und Rechtsausschusses die Broschüre „Wohnungsmarktbeobachtungen“ zuzuleiten.

Auf eine Nachfrage des Abg. Storjohann bezüglich des Verhältnisses von Förderungen im Eigenheimbereich sowie im Mietwohnungsbaubereich betont M Birk, die Förderangebote seien ein Mix aus der Förderung von Miete und Eigentum; dabei werde im Laufe eines Jahres auf die sichtbar werdenden Trends eingegangen, insbesondere um der sozialpolitischen Verantwortung gerecht zu werden.

M Birk regt an, dem Ausschuß jährlich den von der Investitionsbank erstellten Bericht „Wohnungsmarktbeobachtungen“ zur Verfügung zu stellen, diesen um eine politische Bewertung zu ergänzen und damit den Berichtsauftrag des Landtages abzulösen, nach dem dem Landtag in zweijährigem Abstand ein Wohnungsbaubericht vorzulegen ist. - Der Ausschuß neigt dem zu; eine Beratung dazu soll unter Tagesordnungspunkt 7 geführt werden.

Abg. Storjohann spricht die Schwellenhaushalte sowie die günstige Zinssituation an und möchte wissen, ob es auch negative Bescheide gegeben habe. - M Birk macht deutlich, daß das Ministerium flexibel sei. Das sei auch daran zu erkennen, daß im abgelaufenen Jahr statt der geplanten 1.300 Eigentumsmaßnahmen gut 1.500 Eigentumsmaßnahmen gefördert worden seien.

Bezüglich einer Nachfrage des Abg. Plüschau hinsichtlich statistischem Material verweist M Birk auf den Bericht der Investitionsbank zum Thema Wohnungsmarktbeobachtungen.

M Birk führt weiter auf eine Anmerkung des Abg. Plüschau aus, das Thema Bauland und Baulandausweisung sei ein sensibles. Es gebe die Vereinbarung zu prüfen, wie Instrumente

geschärft werden könnten, dem entgegenzuwirken, daß Bauland in der Stadt unbezahlbar teuer und günstiges Bauland auf dem Land praktisch nur Straßenverkehrsbau fördere. Das Programm der Städtebauförderung und das, was im Rahmen der Investitionsprogramme der Landesregierung unter dem Stichwort „Soziale Stadt“ zusammengestellt sei, ziele darauf ab, den Kommunen auch zusammen mit dem kommunalen Investitionsfonds des Innenministers zu helfen, Bauland günstig zu gestalten und in den Kerngebieten Wohnen und Arbeiten wieder zusammenzubringen. Bezüglich der Ausweisung von Baugebieten sei darauf hinzuweisen, daß die Landesplanung gehalten sei, Zersiedlungen zu verhindern. Wenn es im Einzelfall so etwas gebe, wie Abg. Plüschau geschildert habe, daß nämlich beispielsweise Kinder oder Kindeskin- der von Bewohnern ländlicher strukturierter Gebiete wegen fehlender Ausweisung von Bau- land am Bauen gehindert würden, mache es durchaus Sinn, dies an die Landesplanung heran- zutragen. Im großen und ganzen sei allerdings eher das Gegenteil zu beobachten, nämlich daß Zersiedlungen vorhanden seien, die wenig gesteuert werden könnten.

Abg. Storjohann spricht eine Pressemitteilung des Mieterbundes bezüglich der Fehlbelegungs- abgabe des Landes Schleswig-Holstein an und bittet um eine Stellungnahme dazu. - M Birk legt dar, das Fehlbelegungssystem in Schleswig-Holstein werde bundesweit immer wieder her- vorgehoben, weil es differenzierter sei als andere Systeme. Der Tenor der vom Mieterbund erhobenen Vorwürfe treffe die Sache nicht. Im Land Schleswig-Holstein gebe es lediglich einen Flickenteppich von Mietspiegeln. Würden diese der Erhebung der Fehlbelegungsabgabe zu- grunde gelegt, ergebe sich eine Fülle von Ungerechtigkeiten. Es sei nicht feststellbar, daß sich der Vorwurf einer Überbeanspruchung der Mieter oder einer sonstigen Fehl kalkulation auf- recht erhalten lasse. In diesem Zusammenhang betont sie insbesondere das Erfordernis eines landesweiten Systems, daß in sich konsistent und gerecht zu sein habe.

MDgt Guldenberg trägt ergänzend folgende Antworten vor. Er wendet sich zunächst der Fra- gen des Abg. Storjohann bezüglich der Zahl der Ablehnungen in der Förderstufe I im Jahr 1998 zu und legt dar, daß in 1998 keine Ablehnungen ausgesprochen worden seien; es seien aller- dings Anträge in 1999 verschoben worden; diese würden vorrangig bedient werden.

Hinsichtlich der Pressemitteilung des Mieterbundes führt er aus, die darin enthaltenen Aussa- gen seien nicht nachvollziehbar; hier scheine auch Atmosphärisches eine Rolle zu spielen. In diesem Zusammenhang weist er weiter auf das „Sicherheitspolster“ hin, wonach bei der Be- rechnung der Fehlbelegungsabgabe von einer fiktiven Miete von 10 % unterhalb der Ver- gleichsmiete auszugehen sei, sowie auf die unterschiedlichen Erhebungsgrundlagen sowie zeit- liche Abstände für die Erhebung von Mietspiegeln. Im übrigen verwende die Landesregierung einen anderen Mietenbegriff. Um eine zusätzliche Pufferung einzubauen, sei in der Landesver-

ordnung ein Mietenbegriff gewählt worden, der um die Bestandsmieten erweitert sei, die sich nicht verändert hätten.

Auf Vorschlag des Abg. Puls empfiehlt der Ausschuß dem Landtag einstimmig, den Antrag Drucksache 14/793 für erledigt zu erklären.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Verringerung der Planungsdichte, Planungskosten und Verfahrenszeiten

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/564

hierzu: Umdruck 14/1789, 14/2597

(überwiesen am 12. März 1997 an den **Innen- und Rechtsausschuß**, den Umweltausschuß, den Agrarausschuß und den Wirtschaftsausschuß)

Der Ausschuß beschließt mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und F.D.P., die Überschrift in „Transparente und bürgerfreundliche Planung“ zu ändern und dem Landtag die Annahme des Antrags in der aus Umdruck 14/2597 ersichtlichen Fassung zu empfehlen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Verfassungsschutz im Lande Schleswig-Holstein (Landesverfassungsschutzgesetz - LVerfSchG -)

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 14/905

hierzu: Umdruck 14/1159, 14/1198, 14/1231, 14/1258, 14/1261, 14/1277,
14/1278, 14/1281, 14/1287, 14/1288, 14/1292 bis
14/1294, 14/1315, 14/1330, 14/1335, 14/1345, 14/1361,
14/2181

(überwiesen am 27. August 1997)

Der Ausschuß beschließt mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Stimmen der CDU, dem Landtag zu empfehlen, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesmeldegesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1216

hierzu: Umdrucke 14/1623, 14/1648, 14/1711 bis 14/1713, 14/1790,
14/1791, 14/1841, 14/1862, 14/1878 bis 14/1880,
14/1885, 14/1918, 14/1938, 14/1947, 14/2007, 14/2553,
14/2728

(überwiesen am 18. Februar 1998)

Abg. Puls legt dar, die Fraktion der SPD habe noch Erörterungsbedarf, und zwar insbesondere zu dem Thema Abgabe von Daten (Einwilligungs- oder Widerspruchsverfahren). - Der Ausschuß stellt daraufhin die Beratung bis zu seiner nächsten Sitzung zurück.

Einvernehmen besteht darüber, daß angestrebt wird, die zweite Lesung des Gesetzentwurfs in der Februar-Tagung des Landtages durchzuführen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1269

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/1288

hierzu: Umdrucke 14/1689, 14/1811, 14/1871, 14/1872, 14/1884, 14/1897,
14/1910, 14/1911, 14/1959, 14/2047

(überwiesen am 18. Februar 1998)

Abg. Puls erklärt für die Fraktion der SPD, der Gesetzentwurf der Fraktion der CDU werde abgelehnt. Dabei stütze sich seine Fraktion im wesentlichen auf die Ergebnisse der Anhörung von Rechtswissenschaftlern, und zwar insbesondere auf die Ausführung von Herrn Dr. von Mutius.

Bezüglich des Antrags der Fraktion der F.D.P. schlägt Abg. Puls vor, in dem Antrag die Wörter „Dem Landtag“ durch die Wörter „Dem Innen- und Rechtsausschuß“ zu ersetzen. - Abg. Kubicki erklärt sich damit einverstanden und ändert den vorliegenden Antrag insoweit.

Der Ausschuß unterbreitet dem Landtag folgende Beschlußempfehlungen:

1. Mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. empfiehlt der Ausschuß dem Landtag, den Gesetzentwurf Drucksache 14/1269 abzulehnen.
2. Einstimmig empfiehlt der Ausschuß dem Landtag, den Antrag Drucksache 14/1288 mit der Maßgabe anzunehmen, daß die Wörter „Dem Landtag“ durch die Wörter „Dem Innen- und Rechtsausschuß“ ersetzt werden.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesbeamtengesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1475

hierzu: Umdrucke 14/2131, 14/2159 bis 14/2161, 14/2195, 14/2196,
14/2200, 14/2201, 14/2205 bis 14/2208, 14/2238 bis
14/2240, 14/2246 bis 14/2248, 14/2270, 14/2284,
14/2291, 14/2292, 14/2353, 14/2365, 14/2439, 14/2554

(überwiesen am 10. Juni 1998)

(Verfahrensfragen)

Abg. Schlie schlägt die Durchführung einer mündlichen Anhörung vor.

Abg. Puls erklärt die Absicht der antragstellenden Fraktionen, den Gesetzentwurf zu ändern, und zwar insbesondere in bezug auf den Hochschulbereich. Er schlägt vor, die Beratung bis zum Vorliegen dieser Anträge zurückzustellen, und sagt zu, diese den Ausschußmitgliedern kurzfristig zuzuleiten. - Der Ausschuß erklärt sich mit diesem Verfahren einverstanden und stellt die Beratung bis zu seiner nächsten Sitzung zurück.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Liste der Berichte an den Landtag

Schreiben des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages vom
13. Oktober 1998
Umdruck 14/2527

Bericht über die zahlenmäßige Entwicklung und Situation der Asylbewerber/innen in Schleswig-Holstein

Beschluß des Landtages vom 8. Oktober 1993
- Drucksache 13/1333 -

Abg. Puls bringt den aus Umdruck 14/2950 ersichtlichen Antrag ein.

Abg. Schlie schlägt vor, in Satz 3 nach dem Wort „soll“ das Wort „insbesondere“ einzufügen. -
Abg. Puls erklärt sich damit einverstanden.

Der Ausschuß beschließt einstimmig, dem Landtag zu empfehlen, den Beschluß des Landtages vom 8. Oktober 1993 zu ändern. Danach soll der Bericht insbesondere die aus Umdruck 14/2950 ersichtlichen Themenkomplexe umfassen.

Wohnungsbaubericht

Beschluß des Landtages vom 4. Juli 1989
- Drucksache 12/425 -

Der Ausschuß kommt überein, dem Landtag zu empfehlen, die Landesregierung zu bitten, künftig dem Innen- und Rechtsausschuß den von der Investitionsbank erstellten Bericht „Wohnungsmarktbeobachtung“ zuzuleiten. Dieser Bericht soll durch eine politische Wertung der Landesregierung ergänzt werden.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Immunitätsangelegenheiten

(Verfahrensfragen)

Im Rahmen einer kurzen Diskussion bekräftigen die Mitglieder des Innen- und Rechtsausschusses einhellig die Auffassung, daß dem Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages dann Mitteilung gemacht werden soll, wenn Amtshandlungen der Staatsanwaltschaften erfolgen, die Abgeordnete des Schleswig-Holsteinischen Landtages betreffen, und zwar unabhängig von der formellen Registrierung bei der Staatsanwaltschaft.

Zu Punkt 9 der Tagesordnung, **Verschiedenes**, liegt nichts vor.

Der Vorsitzende, Abg. Maurus, schließt die Sitzung um 15:00 Uhr.

gez. Heinz Maurus
Vorsitzender

gez. Petra Tschanter
Geschäfts- und Protokollführerin